

ERGEBNISNIEDERSCHRIFT NR. 11/2015

Öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses der Stadt Lahr/Schwarzwald am Montag, 30.11.15 Rathaus 2, Großer Sitzungssaal

Dauer der Sitzung: 10:10 Uhr bis 12:20 Uhr
 13:30 Uhr bis 14:20 Uhr
 14:50 Uhr bis 15:15 Uhr

Teilnehmende:

Sitzungsleitung	Oberbürgermeister Dr. Müller		
SPD:	Stadtrat	Dr. Caroli	
	Stadträtin	Dreyer	
	Stadtrat	Hirsch	
	Stadtrat	Kleinschmidt	
CDU:	Stellvertreter	Burger	13:30 - 13:55 Uhr
	<i>(Vertretung für Stadträtin Rompel)</i>		14:50 - 15:15 Uhr
	Stadtrat	Döfler	
	Stadträtin	Rompel	10:10 - 12:30 Uhr
			13:55 - 14:20 Uhr
	Stadtrat	Schweickhardt	
	Stadtrat	Wille	
Freie Wähler:	Stadträtin	Deusch	10:10 - 11:30 Uhr
			14:05 - 15:15 Uhr
	Stadtrat	Girstl	
	Stadträtin	Llombart	bis 12:20 Uhr
	Stellvertreter	Mauch	ab 13:30 Uhr
	<i>(Vertretung für Stadtrat Roth)</i>		
	Stadtrat	Roth	bis 12:20 Uhr
	Stellvertreter	Wagenmann	ab 14:50 Uhr
	<i>(Vertretung für Stadträtin Llombart)</i>		
Bündnis 90/Die Grünen:	Stadtrat	Täubert	
	Stadträtin	Waldmann	
FDP:	Stadtrat	Uffelmann	
Linke Liste Lahr	Stadtrat	Oßwald	
Protokollführung:	Frau	Förg	
	Frau	Stolz	

Diese Sitzung ist nach § 34 GemO ordnungsgemäß einberufen und geleitet. Sie wird vom Vorsitzenden eröffnet mit der Feststellung, dass der Haupt- und Personalausschuss beschlussfähig und die Tagesordnung ortsüblich bekannt gemacht ist.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

I. BEKANNTGABE

Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 23.11.2015 gefassten Beschlüsse.

Der **Vorsitzende** weist auf die Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 23.11.2015 hin.

II. BERATUNGS- UND BESCHLUSSANGELEGENHEITEN

1. 1. Vorberatung des Investitions- und Finanzierungsplanes für die Jahre 2015 und 2019

Der **Vorsitzende** merkt an, dass das Haushaltsvolumen für das Planjahr 2016 sowohl im Volumen mit 160 Millionen Euro wie auch vom Inhalt und den Projekten deutlich gegenüber den Vorjahren gestiegen sei. Er bringe die klare gemeinsame politische Überzeugung zum Ausdruck, dass die Stadt Lahr einen großen Entwicklungsschub machen wolle. Darüber hinaus habe die Stadt Lahr beträchtliche Haushaltsreste in Höhe von 13 Millionen Euro abzuarbeiten.

Der **Vorsitzende** beginnt mit der Vorberatung des Investitions- und Finanzplanes für die Jahre 2015 bis 2019. Diese Vorgehensweise sei bereits im Jahr 2015 angewandt worden, um den großen bevorstehenden Aufgaben in den kommenden Jahren gerecht zu werden.

Er bitte die Fraktionen um Ihre Stellungnahmen und eröffne die Aussprache. Er übergibt das Wort zunächst an Stadtrat **Kleinschmidt**.

Stadtrat **Kleinschmidt** spricht für die SPD-Fraktion:

Durch die wirtschaftlich guten Rahmenbedingungen und die umsichtige Arbeit der Stadtkämmerei seien die Haushaltsberatungen in diesem Jahr, wie bereits in zurückliegenden Jahren, entspannt gewesen. Er würdigt die Stadtverwaltung für die immer vorsichtig angesetzten Planansätze und den gut durchdachten Haushaltsplanentwurf. Dies zeige sich insbesondere in der Zuführungsrate, die meist besser lag als noch in den Planungen. Er merkt an, dass in den vergangenen 18 Jahren Investitionen mit einem Volumen von rund 200 Millionen Euro stattgefunden hätten und viele Rücklagen gebildet werden konnten. Das Haushaltsvolumen habe damals noch 78,9 Millionen Euro betragen, stieg im Jahr 2012 erstmals über die 100 Millionen-Grenze und sei nun auf rund 160 Millionen Euro ge-

wachsen. Auch der Vermögenshaushalt sei auf 48 Millionen Euro gestiegen. Im Vorjahr sei dieser noch bei 18 Millionen Euro gelegen. Er weise darauf hin, dass der Blick nicht nur auf das Planungsjahr 2016 geworfen werden solle, sondern auch auf die kommenden vier Jahre.

Die SPD sei darüber erfreut, dass das Großprojekt Landesgartenschau ohne eine Neuverschuldung gestemmt werden könne. Durch die parallel laufenden Stadtentwicklungs-, Schul- und Kinderbetreuungsprojekte und die nachhaltige Implementierung der Landesgartenschau sehe er eine Neuverschuldung in den folgenden Jahren als unabdingbar. Die SPD unterstütze die geplanten Vorhaben. Die im Jahr 2016 erstmals angesetzte Neuverschuldung werde nach Einschätzung der SPD vermutlich noch nicht notwendig sein.

Stadtrat **Kleinschmidt** weist darauf hin, dass durch die Umschuldung der Eigenbetriebe Abwasserbeseitigung und des BGL im Jahr 2016 die Ablösung der gemeindlichen Darlehen zu verminderten Zinseinnahmen im Kernhaushalt führten. Dafür trete bei den Eigenbetrieben eine finanzielle Verbesserung durch die Fremdfinanzierung aufgrund der derzeit niedrigen Marktzinsen ein.

Er betont nochmals, dass das geplante Finanzierungs- und Entschuldungskonzept der Stadt Lahr strikt überprüft und umgesetzt werden müsse. Der SPD-Fraktion liege ein guter und ausgewogener Haushaltsplan für das Planjahr 2016 vor, welcher mit den Wünschen und Zielen der SPD im Einklang stehe.

Der bereits im Haushaltsplanentwurf eingestellte Betrag zur Sanierung des Stadions Dammenmühle mit 100.000 Euro werde von der SPD-Fraktion als zu hoch angesehen. Vorschlag ihrerseits wäre hier die Einbeziehung des BGL und eine Beschränkung auf die notwendigsten Maßnahmen, um die Kosten zu reduzieren.

Im Februar 2015 sei auf Wunsch der Stadträte eine Übersicht über behindertengerechte Toiletten in den städtischen Anlagen von der Stadtverwaltung angefordert worden. Diese liege bisher noch nicht vor. Die SPD bitte weiterhin um eine Aufstellung über die vorhandenen WC-Anlagen und eine Kosteneinschätzung bei fehlenden behindertengerechten Toiletten.

Für die Sport- und Festhalle in Kuhbach werde der Antrag gestellt, eine behindertengerechte Toilette in Höhe von 18.500 Euro im Jahr 2016 einzubauen. Der zweite Antrag werde für die Geroldsecker-Halle in Reichenbach gestellt. Dieser sehe die Erneuerung der gesamten WC-Anlage inklusive behindertengerechter Toilette in Höhe von 136.800 Euro vor. Als dritten Antrag weise die SPD-Fraktion darauf hin, dass in den Haushaltsplanberatungen 2015 bereits beschlossen worden war, die Toilettenanlagen im Stadion Klostermaten im Haushaltsjahr 2016 fertigzustellen. Hierfür seien 50.500 Euro angedacht. Die Stadtverwaltung habe in ihrem Entwurf versäumt die Maßnahme aufzunehmen. Damit seien die Hochbaumaßnahmen aus Sicht der SPD vollständig.

Die SPD bestärke die ortsansässigen Vereine ihre Anträge auf Bezuschussung für die Sportanlagen für das Jahr 2016 abzugeben. Insbesondere in Kuhbach/Reichenbach und in Hugsweier bestehe Handlungsbedarf. Für den SC Kuhbach/Reichenbach solle ein neuer Kunstrasenplatz eingeplant werden. Der Sportverein Hugsweier feiere im Jahr 2019 sein

100-jähriges Bestehen. Daher solle im Jahr 2016 mit der Planung begonnen und ein Antrag bei der Stadt Lahr zur Erneuerung der Kunststofflaufbahn und des Sprunggrube gestellt werden. In Sulz sei der Kunstrasen des Sportplatzes nicht mehr nutzbar. Auch hier sehe man Handlungsbedarf.

Stadtrat **Kleinschmidt** weist darauf hin, dass im Haushaltsplan 2016 die Sanierung des Dorfplatzes mit Kosten in Höhe von 950.000 Euro eingeplant sei. Er unterbreite den Vorschlag, anstelle dieser Maßnahme lieber den Kunstrasen mit 500.000 Euro zu sanieren und die Sanierung der Waldstraße in Höhe von 430.000 Euro aus dem Jahr 2020 vorzuziehen. Die Sanierung des Dorfplatzes solle dafür verschoben werden. Sollte diesem Antrag nicht gefolgt werden, könne sich die SPD auch dem Mehrheitsbeschluss anschließen.

Für die CDU-Fraktion meldet sich Stadtrat **Dörfler** zu Wort:

Stadtrat **Dörfler** sieht das Augenmerk nicht auf dem Planungsjahr 2016, sondern in der mittelfristigen Finanzplanung. Mit Blick auf das gestiegene Haushaltsvolumen für das Jahr 2016 solle zwingend versucht werden, die Kreditaufnahme so gering wie möglich zu halten. Die CDU hebe positiv hervor, dass im Zuge der Landesgartenschau 2018 die Wirtschaft in Lahr nachhaltig gestärkt werde. Ein erstes Anzeichen hierfür sei die gestiegene Nachfrage nach Wohnungen. Auch die Anfragen von Investoren an den noch zu erschließenden Baugebieten würden zunehmend wachsen. Damit verbunden sehe die CDU gute Chancen, dass künftig die Einnahmen aus der Einkommenssteuer wieder steigen werden. Die CDU hoffe, dass die geplanten Kreditaufnahmen bei Möglichkeit unter einer Grenze von 20 Millionen Euro bleiben.

Stadtrat **Dörfler** prangert die Vorgehensweise der SPD in Bezug auf den Sportplatz in Sulz an. Er bemängle die fehlende Abstimmung der SPD mit der Verwaltung und den restlichen Parteien und die schlechte Terminierung der Vor-Ort-Besichtigung in der Sommerzeit.

Abschließend möchte Stadtrat **Dörfler** dem Stadtkämmerer **Trampert** und seinem Team ein großes Lob für die Erstellung des Haushaltsplans 2016 aussprechen. Dieser sei ein hochprofessionelles Konstrukt. Die CDU versuche sich mit ihren Anträgen daher in Grenzen zu halten.

Die dritte Baumaßnahme im Stadion Klostermatten für die Toiletten werde auch von der CDU beantragt. Die abschließende Maßnahme sei unbedingt in den Haushaltsplan 2016 aufzunehmen.

Die IG Sport habe einen Antrag auf Bezuschussung gestellt. Dies werde von der CDU befürwortet.

Stadtrat **Girstl** spricht für die Fraktion Freie Wähler:

Die gute Konjunkturlage schlage sich auch im Haushaltsjahr 2016 auf alle Bereiche des städtischen Haushalts nieder. Die Rahmenbedingungen für den sehr investitionsreichen Haushalt seien gegeben. Die Prognosen der Steuereinnahmen seien positiv. Auf die gebildeten Rücklagen könne im Jahr 2016 zurückgegriffen werden. Abgerundet werde das Investitionspaket durch die Zuführungsrate in Höhe von 9,3 Millionen Euro.

Insgesamt würden im Haushaltsjahr 2016 rund 48 Millionen Euro investiert. Der Schwerpunkt liege bei der Landesgartenschau, in die weiteren städtischen Projekte würden rund 13 Millionen Euro investiert. Darunter falle auf die Stadt Lahr für den Ausbau des Bahnhofs ein Betrag in Höhe von 1,3 Millionen Euro.

Der Rest liege in der Hand der deutschen Bahn und des Landes. Für die Stadtentwicklung, insbesondere den Kanadaring, sei zusätzlich ein Betrag in Höhe von 5,9 Millionen Euro eingestellt worden. Darüber hinaus würden mit den restlichen 13 Millionen Haushaltsresten weitere Projekte realisiert.

Im Zuge der vielen anstehenden Großprojekte sehen die Freien Wähler die Einstellung für zusätzliches Personal als erforderlich an. Von besonderer Bedeutung seien die Stellen für Erzieherinnen und für das Gebäudemanagement. Es sei auch der politische Wille, dass der eingeschlagene Weg bei der Bildung und Betreuung fortgesetzt werde. Er verweise beispielsweise auf die sich im Abschluss befindenden Hochbaumaßnahmen zur Errichtung einer Ganztagschule an der Otto-Hahn-Realschule. Bei der Friedrichschule beginne die Planung für eine Gemeinschaftsschule.

Die Zuwachsrate der Stadt Lahr werde laut Prognosen bis zum Jahr 2030 auf über 6 Prozent geschätzt. Darin sei die aktuelle Flüchtlingssituation noch nicht berücksichtigt worden.

Von Seiten der Vereine lägen der Verwaltung bereits zwei Anträge auf Unterstützung für den Bau eines Kunstrasens vor - vom FV Sulz und vom SC Kuhbach-Reichenbach. Die Fraktion möchte gerne beide Vereine unterstützen. Da beide Maßnahmen nicht in einem Jahr gefördert werden könnten, müsse nachvollziehbar entschieden werden, welche Maßnahme Vorrang habe. Die Freien Wähler weisen darauf hin, dass die geplante Maßnahme zur Neugestaltung der Dorfmitte in Sulz nicht in Zusammenhang mit der geplanten Erneuerung des Kunstrasens gebracht werden sollte. Dies sei auch nicht vom Ortschaftsrat in Sulz erwünscht.

Auch die Freien Wähler warteten auf die im Februar angeforderte Übersicht für die WC-Anlagen. Diese sollte ähnlich dem Schulsanierungskonzept aufgebaut sein. Ein Konzept würde sehr zu Erleichterung beitragen und eine vernünftige Haushaltsplanung ermöglichen. Es sollte mit den belegungsintensiven Hallen begonnen werden. Dazu zähle die Geroldseckerhalle in Reichenbach wie auch die Festhalle in Kuhbach. Die Fraktion werde dafür gestellte Anträge befürworten. Die Stadtteile prägten sehr stark die Stadt Lahr. Daher sollte der Fokus bei den Investitionen auch auf die Stadtteile gerichtet werden.

Der Zuschuss der IG Sport sollte aus Sicht der Fraktion erhöht werden. Auch der Antrag für neue Duschräume des TuS Reichenbach sollte unterstützt werden.

Der Antrag für das Stadion Klostermatten werde von der Fraktion ebenfalls befürwortet.

Zu den einzelnen Punkten werde sich die Fraktion bei den aufgerufenen Unterabschnitten im Haushalt melden. Wie bereits die anderen Fraktionen, möchten sich auch die Freien Wähler in ihren Anträgen sehr begrenzen.

Abschließend möchte sich die Fraktion bei der Stadtkämmerei für die gute und hilfreiche

Vorarbeit bedanken. Dieser solide Kurs sollte für die Zukunft weiterhin beibehalten werden.

Für die Fraktion der Grünen ergreift Stadtrat **Täubert** das Wort:

Der Haushaltsplan 2016 sei in seinen Größenordnungen spektakulär. Der Verwaltungshaushalt mit 112 Millionen Euro und der Vermögenshaushalt mit 48 Millionen Euro seien einmalig. Ein näherer Blick auf die einzelnen Ansätze zeige allerdings keine Überraschungen. Der Haushaltsplan enthalte die auf den Weg gebrachten Ziele aus den Beratungen der vergangenen Jahre. Im Vermögensplan habe die Fraktion alle größeren Entscheidungen mitgetragen.

Zwischenzeitlich sehe die Fraktion ihre Entscheidung zur Absenkung des Realisierungszeitraums für den Kanadaring von 8 auf 4 Jahre als falsch an, da diese Maßnahme zur Steigerung der Neuverschuldung und der angespannten Haushaltssituation in der mittelfristigen Finanzplanung beitrage.

Das Finanzierungs- und Entschuldungskonzept reiche aus Sicht der Grünen nicht aus, um die geplanten Investitionen aufzufangen. Es müssten weitere Überlegungen getroffen werden. Ein Beispiel sei Hosenmatten II. Dieses Projekt sollte zügig abgeschlossen werden. Damit mittelfristig in den Jahren 2019/2020 Mittel generiert werden können.

Die Fraktion möchte möglichst keine weiteren Ansätze in den Haushaltsplan mitaufnehmen und verzichtet daher auf eigene Anträge. Zu den von anderen Parteien angekündigten Anträgen werde nach Aufruf der Unterabschnitte im Haushalt Stellung genommen.

Stadtrat **Uffermann** spricht für die FDP-Fraktion:

Dieser Haushalt und auch die Folgenden müssten im Zusammenhang gesehen werden. Sie seien von einem Investitionsrausch geprägt. Es kämen rund 25 Millionen Euro Neuverschuldung auf die Stadt Lahr zu. Die Reserven seien nach dem Haushalt 2016 quasi aufgebraucht. Zum einen würden die Rücklagen mit 18 Millionen in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt, zum anderen sollen die gemeindlichen Darlehen der Eigenbetriebe an die Stadt zurückgeführt werden. Stadtrat **Uffermann** warnt in der Ausschusssitzung vor den Risiken hinter den ambitionierten Investitionsplänen der Stadt. Angesichts dessen müsse erst einmal abgewartet werden, ob das Regierungspräsidium den Haushaltsplan in dieser Form billigen werde.

Besorgt sehe die FDP die steigende Anzahl des Personals und die damit verbundenen Lohnkosten. Es sollte darauf geachtet werden, dass hier keine zu großen Sprünge gemacht werden.

Positiv hingegen sehe die FDP die Stadtentwicklung. Von großer Bedeutung sei der geplante Bahnhofsumbau. Auch die FDP-Fraktion poche auf das dringende Zutun von Land und Bahn.

Die FDP halte die Kinderbetreuung, insbesondere mit Blick auf die Flüchtlingssituation, für dringend erforderlich. Es sollte über eine Erhöhung des Ansatzes nachgedacht werden.

Dagegen halte die Fraktion den vorgetragenen Wunsch der SPD zur Erneuerung des Kunstrasens auf den Sportplätzen für eine nachrangige Aufgabe, welche auch verschoben

werden könne. Um keinen Unfrieden im Ortschaftsrat zu stiften, schlägt Stadtrat **Uffelmann** vor, den Kunstrasen in 2016 zu erneuern und die Maßnahme der Dorfgestaltung um ein Jahr zu verschieben. Die Sanierung der Waldstraße sehe er nicht als dringlich an. Diese möchte er wie in der Planung beim Jahr 2020 belassen.

Die Wohnbaupolitik solle weiter betrieben werden. Der Wohnraummangel steige stetig. Auf der Warteliste seien aktuell 1500 Interessenten. Die Stadt sei auf dem richtigen Weg mit der Stadtentwicklungsmaßnahme Kanadaring. Die FDP sehe es als absolut konsequent an das Bauprojekt Hosenmatten II anzustoßen und abzuschließen. Auch das Reichswaisenhaus-Areal solle demnächst in Betracht gezogen werden.

Auch die FDP-Fraktion verzichte auf eigene Anträge, um den schon straffen Haushaltsplan nicht weiter zu belasten.

Stadtrat **Oßwald** von der Linken Liste verzichte auf eine Rede und möchte nur ein paar Anmerkungen ergänzen. Ansonsten verweise er auf die anstehende Haushaltsrede bei der Gemeinderatsitzung am 14.12.2015. Mit dem jetzigen Haushalt habe die Stadt Lahr ihren bisherigen Weg des antizyklischen Wirtschaftens verlassen. Im Blickfeld behalten werden sollten die hohen Folgekosten, welche nach der Landesgartenschau ins Haus stünden. Die aktuell geplanten Zuführungsraten würden hierfür nicht ausreichen, weil die Abschreibungen dementsprechend hoch seien.

Durch die anstehende Flüchtlingssituation stehe der Stadt Lahr ein wesentlich erhöhter Betreuungsaufwand für Kinder bevor. Der Sitzungsausschuss solle sich schon jetzt intensiv damit auseinandersetzen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die bisherige Praxis keine weiteren Reden in der Gemeinderatsitzung vorsehe. Diese Vorgehensweise solle weiterhin beibehalten werden.

Nach Abschluss geht der Vorsitzende zum nächsten Tagesordnungspunkt über. Die Abstimmung über die „Vorberatung des Investitions- und Finanzierungsplanes für die Jahre 2015 bis 2019“ findet zum Ende der Sitzung statt.

2. a) Vorberatung des Verwaltungshaushaltes für das Haushaltsjahr 2016

Für die Vorberatung des Verwaltungshaushaltes fragt der **Vorsitzende** den Ausschuss, ob bei der begrenzten Anzahl an Anträgen die Sichtung des Haushaltsplans „Seite für Seite“ erwünscht sei oder in diesem Jahr darauf verzichtet werden könne. Der Ausschuss hält an der bisherigen Variante fest.

Der **Vorsitzende** erteilt Stadtkämmerer **Trampert** das Wort. Dieser bedankt sich zunächst für die lobenden Worte an die Stadtkämmerei.

Auf Wunsch von Stadtrat **Kleinschmidt** wird über die Personalkosten aus der Änderungsliste des Verwaltungshaushalts insgesamt abgestimmt. Stadtkämmerer **Trampert** wird an den gegebenen Stellen lediglich einen kurzen Hinweis auf die Änderungsliste geben. In der bevorstehenden Flüchtlingsthematik weist der **Vorsitzende** darauf hin, dass es im Haushaltsplan bisher noch keinen Titel oder Unterabschnitt dafür gebe. Die Finanzierungsmöglichkeiten stünden dennoch zur Verfügung.

Die anschließenden Haushalts(änderungs)anträge würden im Folgenden sachbezogen (d.h. die jeweiligen Unterabschnitte und Haushaltsstellen betreffend) protokolliert. Stadtkämmerer **Trampert** beginnt auf Seite 49 des Haushaltsplanentwurfs.

EINZELPLAN 0

Unterabschnitt 0550 - Beauftragte für Chancengleichheit –

Stadträtin **Waldmann** stellt die Frage, ob bei den Personalausgaben auch die Gleichstellungsbeauftragte beinhaltet sei. Dies sei im Hinblick auf das kommende Gesetz zur Chancengleichheit wissenswert, um die Möglichkeit der zügigen Personaleinstellung zu garantieren. Herr **Siefert** erläutert, dass die Stelle fiktiv eingeplant worden sei und es daher zu keinen Problemen kommen werde.

Unterabschnitt 0620 - Verwaltungsgebäude -

Hier ist die Miete für das Rathaus Nordflügel veranschlagt. Stadtrat **Roth** würde gerne wissen bis wann der Mietvertrag noch laufen wird. Stadtrat **Trampert** gibt an, dass die Miete noch bis Ende des Jahres 2023 zu zahlen sei. Hier sei dann auch eine Schlussrate auf die Investitionen fällig. Ab 2024 sei der Nordflügel dann erstmals mietfrei.

Stadtrat **Dörfler** führt weiter aus, dass auf der Haushaltsstelle zur Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (1.0620.500000) noch die Reparatur der Ziegeleindeckung des Alten Rathauses enthalten sei. Dies sei bereits im Haushaltsjahr 2015 abgeschlossen. Daher schlage er die Kürzung des Planansatzes um 5.000 Euro vor. Frau **Kabisch** bestätigt die Ausführungen.

Abstimmungsergebnis:

Das Gremium stimmt der Reduzierung auf einen Betrag in Höhe von 101.000 Euro zu.

EINZELPLAN 2

Stadtrat **Kleinschmidt** lobt den Maßnahmenkatalog zum Schulsanierungskonzept und schlägt vor ein ähnliches Konzept für Klimaschutzmaßnahmen und andere Bereiche zu erstellen. Dies würde dazu beitragen die Fraktionsarbeit erheblich zu entlasten.

Unterabschnitt 2118 - Grundschule im Stadtteil Langenwinkel –

Stadtrat **Dörfler** bezieht sich auf die Änderungsliste. Hier stehe bei der Sanitäreinrichtung WC Herren in Klammern das Jahr 2017. Frau **Kabisch** erklärt, dass sich zwischenzeitlich aufgrund der Leitungsführung gezeigt habe, dass die Sanitäreinrichtung sowohl für die Frauen und die Herren gemeinsam stattfinden müsse. Die Maßnahme sei daher auf das Haushaltsjahr 2016 vorgezogen worden.

Unterabschnitt 2130 - Friedrichschule (Werkrealschule) –

Auch hier sei laut Stadtrat **Dörfler** der Planansatz der Haushaltsstelle „Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen“ (1.2130.500000) zu reduzieren. Die Position enthalte

die Maßnahme zur Sanierung des Flachdachanbaus der Turnhalle. Die Teilmaßnahme sei bereits ins Jahr 2015 vorgezogen worden. Darum stelle er den Antrag, den Planansatz um 8.000 Euro zu kürzen. Darüber hinaus merkt Stadtrat **Täubert** eine formale Änderung an. Im Titel des Unterabschnittes müsse die „Werkrealschule“ in „Gemeinschaftsschule“ geändert werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss stimmt der Reduzierung auf einen Betrag in Höhe von 125.000 Euro zu.

Unterabschnitt 2311 - Max-Planck-Gymnasium -

Zwar sei das Max-Planck-Gymnasium bereits umfangreich im Schulsanierungskonzept berücksichtigt worden, allerdings sollte nach Einschätzung von Stadtrat **Dörfler** zusätzlich das Jungen WC im Erdgeschoss (Aula) saniert werden. Er stelle daher den Antrag 27.500 Euro einzustellen. Hierüber findet eine ausgiebige Diskussion der Fraktionen statt.

Die CDU, die Freien Wähler und die SPD erteilen ihre Zustimmung, wohingegen von Seiten der Grünen und der FDP der Antrag ablehnt wird.

Stadtrat **Girstl** erkundigt sich warum die Dachsanierung heraus genommen worden sei. Zudem möchte er wissen, ob das Dach undicht sei. Frau **Kabisch** verneint dies und führt aus, dass es bei den Sanierungsmaßnahmen lediglich zu Ablaufschwierigkeiten gekommen sei. Zwischenzeitlich wären alle Probleme behoben. Die folgenden Bauabschnitte verschieben sich aufgrund der Wärmedämmung und Fassadenerneuerung allerdings um ein Jahr nach hinten.

Abstimmungsergebnis:

14	Ja-Stimmen
3	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

EINZELPLAN 3

Unterabschnitt 3215 - Stadtgeschichtliches Museum -

Stadtkämmerer **Trampert** gibt den Hinweis, dass dieser Unterabschnitt ab dem Haushaltsjahr 2016 neu angelegt worden sei. Die Mieten und Pachten für das neue Museumsdepot machten dies erforderlich.

Unterabschnitt 3520 - Mediathek -

Stadträtin **Deusch** bittet um die Aufschlüsselung der Investitionskosten. In den Planansätzen wären die Rückgabeautomaten der Bücherei nicht enthalten. Lediglich die Verkabelung mit einem Ansatz von 1.500 Euro sei ersichtlich. Frau **König** teilt mit, dass die Rückgabeautomaten eine Größenordnung von ca. 25.000 Euro umfassen würden und daher auf die Anschaffung verzichtet worden sei.

Herr **Wurth** ergänzt, dass die angesprochenen 1.500 Euro zur Verkabelung ursprünglich auf der Haushaltsstelle zur Gebäudeunterhaltung (1.3520.500000) veranschlagt waren, zwischenzeitlich jedoch rausgenommen worden seien.

EINZELPLAN 4

Unterabschnitt 4604 - Jugendbegegnungsstätte Schlachthof -

Stadtrat **Dörfler** mahnt an, dass die dringende Notwendigkeit bestehe, die Sanierung der Schlachthalle endlich in Angriff zu nehmen. Die Maßnahme werde seit ca. 5 Jahren immer wieder verschoben. Die Stabilität des Gebäudes wäre in desolatem Zustand. Bei weiterer Benutzung drohe die Gefahr von Einsturz. Die Verwaltung werde die Angelegenheit baldmöglichst prüfen.

Unterabschnitt 4640 - Kindertagesstätte Am Schießrain -

Hier gibt Stadtrat **Dörfler** einen grundsätzlichen Denkanstoß an den Ausschuss. Unter den Investitionen befindet sich der Einbau einer Klimaanlage im Kleinkindbereich. Zum einen könne dies den Wunsch bei anderen Tagesstätten wecken zum anderen hält er Klimaanlagen für Kleinkinder nicht als geeignet. Daher stelle er den Antrag zur Kürzung und Überprüfung. Darüber hinaus gehe er davon aus, dass etliche Maßnahmen zum Sonnenschutz bereits stattgefunden hätten. Herr **Evermann** hingegen sieht seit Beginn an keinen ausreichenden Sonnenschutz als gegeben. Zwar sei bereits teilweise Abhilfe geschaffen worden, die Außenbeschattung sei aber bei Weitem noch nicht ausreichend. Dies belegten auch dauerhaft hohe Temperaturwerte im Gebäude. Stadtrat **Wille** schlägt vor, den Ansatz im Haushalt stehen zu lassen, diesen allerdings für die Außenbeschattung zu verwenden. Dies sei die deutlich effizientere Lösung. Auch Herr **Evermann** besteht auf den Planansatz. Er wird nochmals Rücksprache mit der Abteilung Hochbau halten, ob die Außenbeschattung tatsächlich sinnvoller erscheine. Ansonsten werde er auf den Einbau der Klimaanlage drängen, da sonst die Schließung an heißen Sommertagen drohe.

Stadträtin **Deusch** unterbricht die Haushaltsplanberatungen für einen persönlichen geschäftlichen Termin und wird nach der Mittagspause wieder teilnehmen. Eine Vertretung in dieser Zeit wurde nicht benannt.

Unterabschnitt 4646 - Hort Eichrodtschule -

Der Ansatzerhöhung von 13.500 Euro auf 18.000 Euro aus der Änderungsliste wird zugestimmt.

Stadtkämmerer **Trampert** verlässt kurz den Sitzungssaal. Der stellvertretende Stadtkämmerer **Wurth** übernimmt das Wort. Im Verlauf des Einzelplans 4 übernimmt Stadtkämmerer **Trampert** übernimmt wieder das Wort.

Unterabschnitt 4980 - Sonstige soziale Angelegenheiten -

Da es noch keinen eigenen Unterabschnitt gibt, wird für die Flüchtlingspolitik zunächst ein vorsichtiger Ansatz in Höhe von 10.000 Euro auf der neuen Haushaltsstelle 1.4980.579000 in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig bewilligt.

EINZELPLAN 5

Unterabschnitt 5500 - Förderung des Sports -

Der Verwaltung liege ein Antrag der Jugendförderung von der IG Sport vor. Dieser sei leider erst nach den Fristen der Haushaltsplanung eingegangen und habe daher keine Berücksichtigung gefunden. Nachträglich wird im Rahmen der Haushaltsberatung zugestimmt einen Ansatz in Höhe von 10.000 Euro einzustellen.

Unterabschnitt 5611 - Rheintal-Sporthalle II -

Stadtrat **Girstl** stellt die Frage, inwiefern in der Rheintal Sporthalle II die Tribüne noch nutzbar sei. Die dazugehörige Automatik sei wohl kaputt, von Hand ließe sich die Tribüne noch verstellen. Gegebenenfalls sollte hier ein Ansatz ergänzt werden. Herr **Ott** werde dies überprüfen.

Unterabschnitt 5612 - Sporthallen im Mauerfeld -

Der 4. Bauabschnitt der Sanitäranlagen für das Stadion Klostermatten, welcher bereits mehrfach in den Eingangsreden der Fraktionen erwähnt wurde, wird mit einem Betrag von 50.500 Euro von Stadtrat **Hirsch** beantragt. Gleichzeitig bittet die SPD die Überprüfung zur Anbringung einer behindertengerechten Toilette. Stadtkämmerer **Trampert** entschuldigt, dass diese Maßnahme im Haushaltsplanentwurf untergegangen sei.

Als zweiten Antrag bittet Stadtrat **Hirsch** um die Überprüfung der schrägen Treppenstufen beim Stadion Dammenmühle. Die Maßnahme könnte im Laufe des Jahres 2016 vom Eigenbetrieb BGL durchgeführt werden. Sodass der Betrag im Unterabschnitt 5620 „Sportplätze und –anlagen (Haushaltsstelle 2.5620.962000) im Vermögenshaushalt reduziert werden könne und gleichzeitig wäre im Verwaltungshaushalt ein Betrag in Höhe von 10.000 Euro für die Treppeninstandhaltung beim Stadion Dammenmühle bereitzustellen.

Im Verlaufe der Diskussion erkundigt sich Stadtrat **Roth**, ob die hohe Eigenleistungsbereitschaft der Vereine berücksichtigt worden seien. Dies sei laut Frau **Kabisch** der Fall. Die behindertengerechte Toilette für die Sporthallen im Mauerfeld müsse Sie allerdings noch einmal überprüfen.

Herr **Sottru** merkt an, dass man hier den Verwaltungshaushalt nicht mit dem Vermögenshaushalt verrechnen könne. Der Ansatz von 100.000 Euro sei aus der mehrjährigen Finanzplanung übernommen worden. Ob im Verwaltungshaushalt ein Ansatz von 10.000 Euro für die Treppeninstandhaltung beim Stadion Dammenmühle ausreichend sei, könne er derzeit nicht abschätzen. Sollte der Ansatz übernommen werden, hätte dies eher symbolischen Charakter.

Abstimmungsergebnis „4. Bauabschnitt Stadion Klostermatte“:

14 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis „Treppeninstandhaltung Stadion Dammenmühle“:

8 Ja-Stimmen

9 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Der Antrag ist abgelehnt.

Unterabschnitt 5800 - Öffentliche Grünanlagen -

Ortsvorsteher **Fäßler** von Kippenheimweiler fragt nach, warum im Haushaltsplanentwurf die Baumfällarbeiten am Waldmattensee und am Wolfslochweg gestrichen worden seien. Es sei darauf hingewiesen worden, dass hier Gefährdungen vorliegen. Er habe zwischenzeitlich erfahren, dass dies bereits im Jahr 2015 abgewickelt werden solle. Er möchte sich vergewissern, ob dies nur den Waldmattensee betrifft oder auch den Wolfslochweg. Herr **Sottru** bestätigt, dass beide Maßnahmen zum Jahresende 2015 abgeschlossen werden können.

Unterabschnitt 5803 - Abt. Öffentliches Grün und Umwelt/ Stabstelle Umwelt -

Stadtrat **Dr. Caroli** bittet um eine Übersicht über die bereits abgeschlossenen Investitionsmaßnahmen zum Klimaschutz. Daraus sollen der Umfang und die Art der Investitionsmaßnahmen, welche bis zum Jahr 2016 realisiert worden seien, hervorgehen.

EINZELPLAN 6

Unterabschnitt 6130 - Bauordnung -

Stadtrat **Dörfler** stellt den Antrag die Einnahmen aus den Verwaltungsgebühren von 400.000 Euro auf 500.000 Euro zu erhöhen. Angesichts von Einnahmen von den Investoren wie Zalando und anderen sehe er den Ansatz als zu gering an. Herr **Biendl** schätzt diesen Ansatz als zu optimistisch ein. Im Jahr 2016 seien die Einnahmeposition bereits um 50.000 Euro erhöht worden. Die großen Einnahmequellen wären bereits im Jahr 2015 und vorher abgetan. Auch gebe es im Jahr 2016 einige städtische Projekte, welche keine Einnahmen aus Verwaltungsgebühren brächten. Dieser Meinung schließt sich auch Stadtrat **Täubert** an. Stadtrat **Dr. Caroli** sieht die Erhöhung als gerechtfertigt an. Stadtrat **Roth** schlägt den Mittelweg mit einer Erhöhung des Ansatzes auf 450.000 Euro vor. Der **Vorsitzende** lässt zunächst über den Antrag von Stadtrat Dörfler abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Die Erhöhung um 100.000 Euro auf einen Betrag von 500.000 Euro wird mit Stimmenmehrheit beschlossen.

EINZELPLAN 7

Unterabschnitt 7000 - Abwasserbeseitigung -

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass Einnahmen aus der Verzinsung und Ent-

nahme vom Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung nochmals in den Haushaltsplan eingestellt worden seien. Dies ergebe sich aus den Abläufen zur Kreditaufnahme nach Liquiditätsbedarf. Dementsprechend werde die Rückführung des gemeindlichen Darlehens zum Jahresende angesetzt. Für den Kernhaushalt können somit fast für das ganze Jahr noch Zinsen eingenommen werden.

Unterabschnitt 7500 - Bestattungswesen -

Stadtrat **Girstl** übernimmt stellvertretend für Stadträtin **Deusch** die Antragsstellung. Hier seien die Mittel für die WC-Anlage für Langenwinkel in Höhe von ca. 30.000 Euro gestrichen worden. Diese habe Stadträtin **Deusch** bereits letztes Jahr schon beantragt. Dem Antrag sei in 2015 nicht stattgegeben worden. Leider sei die Investitionsmaßnahme auch für das Jahr 2016 wieder gestrichen worden. Daher beantrage Stadtrat **Girstl** die Aufnahme in den Haushalt. Frau **Kabisch** weiß um die Sanierungsbedürftigkeit der WC-Anlage Bescheid, bedauere aber, dass diese im Rahmen der Haushaltsplan Vorberatungen gestrichen worden sei, um dringlicheren Maßnahmen den Vorrang zu geben.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt, bei 4 Ja-Stimmen.

Unterabschnitt 7670 - Stadthalle -

Stadtrat **Roth** führt aus, dass es wohl in den nächsten 10 Jahren keine größere Sanierungsmöglichkeit in Form eines Neubaus der Stadthalle geben werde. Deshalb bitte er um die Verbesserung der Akustik im Foyer der bestehenden Stadthalle. Hier habe sich gezeigt, dass bei Veranstaltungen eine Verständigung unter den Besuchern nicht möglich sei. Einer Einschätzung des Gebäudemanagements zufolge betrüge die Herstellung der verbesserten Akustik laut Frau **Kabisch** ungefähr 31.000 Euro. Der Antrag werde von den Freien Wählern hierfür gestellt. Nach einer umfangreichen Diskussion über die Verbesserungsmöglichkeiten lässt der **Vorsitzende** darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig bewilligt.

Unterabschnitt 7673 - Sport- und Festhalle Stadtteil Kuhbach -

Stadtrat **Kleinschmidt** verweist auf die in der Eingangsrede geforderten behindertengerechten Toiletten. Er beantrage daher 18.500 Euro für den Einbau. Stadtrat **Täubert** stellt sich grundsätzlich die Frage, ob die jetzige Vorgehensweise korrekt sei. Er würde ungern den zweiten vor dem ersten Schritt tun. Er erkundigt sich bis wann mit dem Konzept für die Sanitäreinrichtungen von der Verwaltung zu rechnen sei. Frau Kabisch wird bis zum Frühjahr 2016 eine Übersicht erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig bewilligt.

Unterabschnitt 7676 - Geroldseckerhalle im Stadtteil Reichenbach -

Für die Geroldseckerhalle Reichenbach stellt Stadtrat **Kleinschmidt** den Antrag in Höhe von 138.600 Euro. Hier müsse die komplette Toilettenanlage saniert werden. Im Zuge dessen werde dann auch eine behindertengerechte Toilette integriert. Stadtrat **Girstl** merkt an, dass die bestehende Toilettenanlage seit 45 Jahren nicht mehr saniert worden sei und hier dringend Bedarf bestehe.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig bewilligt.

EINZELPLAN 9

Unterabschnitt 9000 - Steuern, allg. Zuweisungen und allg. Umlagen –

Stadtkämmerer **Trampert** verweist hier auf die Änderungsliste. Daraus gehen insgesamt 700.000 Euro Mehrausgaben für den Unterabschnitt hervor. Diese werden vom Ausschuss zustimmend en bloc zur Kenntnis genommen.

Unterabschnitt 9100 - Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft –

Stadtrat **Dr. Caroli** regt an, ab dem Haushaltsplan 2017 die Globale Minderausgabe (1.9100.880000) zu streichen. Er sehe in dieser Position reine Zahlenarithmetik, welche irreführend sei. Stadtrat **Dörfler** war bisher der gleichen Ansicht, habe aber nach vorangegangener Rücksprache mit dem Stadtkämmerer seine Meinung geändert. Er sehe die globale Minderausgabe als Abrundung des Haushalts an.

Nach Abschluss der Vorberatung des Verwaltungshaushaltes für das Haushaltsjahr 2016 betrage die Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt 9.130.900 Euro. Damit ergibt sich eine Verbesserung gegenüber dem gedruckten Haushaltsplanentwurf unter Berücksichtigung der Änderungsliste vom 12.11.2015 und 23.11.2015 in Höhe von 173.100 Euro.

Mittagspause von 12.30 Uhr bis 13.30 Uhr

b) Vorberatung des Vermögenshaushaltes für das Haushaltsjahr 2016

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zum zweiten Teil der Haushaltsberatungen, den Vorberatungen des Vermögenshaushaltes für das Haushaltsjahr 2016. Auch für die Vorberatung des Vermögenshaushaltes, so der **Vorsitzende**, wolle man den Haushalt „Seite für Seite“ durchzugehen. Der **Vorsitzende** erteilt Herrn Stadtkämmerer **Trampert** das Wort.

Sodann ruft Stadtkämmerer **Trampert** „Seite für Seite“ des Vermögenshaushaltes auf.

EINZELPLAN 0

Unterabschnitt 0600 - Datenverarbeitung -

Stadtkämmerer **Trampert** verweist auf die Änderungsliste. Der Ansatz bei der Finanzposition 2.0600.935000-999 „Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens“ sei aufgrund der Entscheidungen im Stellenplan und der damit erforderliche Anschaffung von zwei CAD-Arbeitsplätzen einschließlich Software um 20.000 Euro auf 125.850 Euro zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Der **Vorsitzende** stellt hierzu das Einvernehmen des Gremiums fest.

EINZELPLAN 2

Unterabschnitt 2000 - Allgemeine Schulverwaltung -

Stadtkämmerer **Trampert** teilt mit, dass die Zuweisungen vom Bund in Höhe von 600.000 Euro im Jahr 2016 nach Rücksprache mit dem Regierungspräsidium Freiburg voraussichtlich in voller Höhe dem Bau der Sporthalle zugeordnet werden können. Nach abschließender Klärung der noch offenen Fragen werde dem Gremium Anfang nächsten Jahres eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt. Im Jahr 2017 sei mit einer Zuweisung in Höhe von 1.000.000 Euro und im Jahr 2018 in Höhe von 990.000 Euro zu rechnen. Lediglich die Zuordnung des Unterabschnitts könne sich noch ändern.

Unterabschnitt 2210 - Otto-Hahn-Realschule -

Stadtrat **Dörfler** bittet um Erläuterung der geplanten Maßnahmen in Bezug auf die Umgestaltung/Verbesserung der Außenanlage. Herr **Sottru** schlägt vor, die Gesamtplanung im Technischen Ausschuss vorzustellen.

EINZELPLAN 4

Unterabschnitt 4649 - Kindertagesstätten/Kindergärten/Kinderhorte -

Kindertagesstätte Max-Planck-Straße

Stadtrat **Dörfler** plädiert dafür, die Erweiterung/den Umbau der Kindertagesstätte Max-Planck-Straße auf ca. fünf Jahre zu verschieben. Für ihn stelle sich außerdem die Frage, ob die Möglichkeit der Erweiterung in Bezug auf das nebenliegende Gebäude bestehe.

Frau **Kabisch** führt dazu aus, dass es sich um eine rein energetische Sanierung des Daches handle. Ein Aufschub der Maßnahme wäre vertretbar.

Der **Vorsitzende** informiert darüber, dass das Nebengebäude derzeit nicht zum Verkauf stehe und eine Erweiterung in dieser Hinsicht momentan nicht möglich sei.

Abstimmungsergebnis:

Das Gremium stimmt dem Antrag von Stadtrat **Dörfler** zu, die Mittel in Höhe von

132.000 Euro zu streichen und im mehrjährigen Maßnahmenprogramm für das Jahr „2020ff.“ zu berücksichtigen.

Kindertagesstätte Geroldsecker Vorstadt

Stadtkämmerer **Trampert** teilt mit, dass der Ansatz bei der Finanzposition 2.4649.940000-017 „Neubau Kindertagesstätte“ um 1.000.000 Euro auf 500.000 Euro herabgesenkt werden könne. Dafür sei die Verpflichtungsermächtigung für 2017 von 1.500.000 Euro auf 2.000.000 Euro anzuheben. Der hierfür notwendige Grunderwerb sei im Unterabschnitt 8800 in Höhe von 450.000 Euro zu veranschlagen.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Uffermann** führt Stadtkämmerer **Trampert** aus, dass bei dieser Maßnahme auch Räume für Hort und Schule vorgesehen seien.

Abstimmungsergebnis:

Das Gremium zeigt sich mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen einverstanden.

EINZELPLAN 5

Unterabschnitt 5620 - Sportplätze und -anlagen -

Sportzentrum Dammenmühle

Stadtrat **Dörfler** beantragt die Mittel für bauliche Verbesserungen am Sportzentrum Dammenmühle in Höhe von 100.000 Euro zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

Das Gremium stimmt dem zu.

Sportplatz Sulz

Stadtrat **Mauch** plädiert für die Mittelbereitstellung für einen Kunstrasenplatz im Stadtteil Sulz in Höhe von 340.000 Euro.

Nach einer ausgiebigen Diskussion lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Die öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses wird um 14.20 Uhr für eine Sitzung des Gemeinderates unterbrochen. Sie wird um 14.50 Uhr fortgesetzt.

Nach der Gemeinderatssitzung werden die Vorberatungen des Vermögenshaushaltes für das Haushaltsjahr 2016 wie gehabt fortgeführt. Der **Vorsitzende** erteilt Herrn Stadtkämmerer **Trampert** das Wort.

EINZELPLAN 5

Unterabschnitt 5800 - Öffentliche Grünanlagen -

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass der Technische Ausschuss in seiner Sitzung vom 25.11.2015 befürwortet habe, für die Finanzposition 2.5800.960000-020 „Umbau/ Neugestaltung Park Kleinfeld Süd“ weitere 35.000 Euro für den Bau eines Steges und für die Verlegung von Leerrohren für die Beleuchtung zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums hierzu fest.

Unterabschnitt 5850 - Landesgartenschau 2018 -

Stadtkämmerer **Trampert** verweist auf die Positionen der Änderungsliste zur Landesgartenschau 2018. Das Gremium hält Einzelabstimmungen zu jedem Punkt der Änderungsliste nicht für erforderlich und stimmt den Änderungen insgesamt zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Stadtkämmerer **Trampert** berichtet außerdem, dass derzeit noch nicht abschließend geklärt sei, ob die Tiefbaumaßnahmen für Parkierungsanlagen der Sport- und Freizeitflächen von der Stadt oder von der GmbH ausgeführt werden.

EINZELPLAN 6

Unterabschnitt 6150 - Stadtsanierung -

Stadtkämmerer **Trampert** weist wiederum auf die Änderungsliste hin.

Für die Stadtsanierungsmaßnahme Kanadaring seien laut Stadtkämmerer **Trampert** außerhalb der Änderungsliste zudem 55.000 Euro Mehreinnahmen auf der Finanzposition 2.6150.361000-008 zu erwarten. Zudem entstünden durch den durchgeführten Abbruch erhöhte Entsorgungskosten und damit Mehrausgaben in Höhe von 95.000 Euro, die unter der Finanzposition 2.6150.987000-008 zu berücksichtigen seien.

Abstimmungsergebnis:

Das Gremium stimmt den Änderungen einstimmig zu.

Unterabschnitt 6300 - Gemeindestraßen -

Stadtkämmerer **Trampert** verweist auf die Mehreinnahmen bzw. Mehrausgaben auf der Änderungsliste in diesem Unterabschnitt.

Ausbau von Gehweganlagen in Hugsweier

Stadtrat **Dörfler** schlägt vor, Mittel für die Herstellung von Gehwegen im Kleinfeldelweg in Hugsweier bereitzustellen. Stadtrat **Schweickhardt** schließt sich dem an. Es seien dafür Mittel in Höhe von 26.000 Euro angemeldet worden, die nicht in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen worden seien.

Der **Vorsitzende** lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

15	Ja-Stimmen
2	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

Zentraler Omnibusbahnhofs (ZOB)

Stadtkämmerer **Trampert** merkt an, dass die Mittelbereitstellung für die Überdachung des ZOB einschließlich der Insel über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr erfolge.

Ausbau Ortsmitte Sulz

Stadtkämmerer **Trampert** schlägt nach bereits erfolgter Rücksprache mit dem Ortsvorsteher des Stadtteils Sulz, Stadtrat **Mauch**, vor, die Maßnahme nach 2017 zu verschieben. Demnach müssten 2017 die gesamten Mittel in Höhe von 950.000 Euro bereitgestellt werden. Herr **Kleinthomä** plädiert für eine Verpflichtungsermächtigung in derselben Höhe in 2016, um Aufträge bereits vergeben zu können.

Abstimmungsergebnis:

Der **Vorsitzende** stellt nach einer kurzen Diskussion das Einvernehmen des Gremiums hierzu fest.

EINZELPLAN 8

Unterabschnitt 8800 - Allgemeines Grundvermögen -

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass bei der Finanzposition 2.8800.932000-999 „Erwerb von Grundstücken“, wie vorher berichtet, zusätzlich 450.000 Euro für den Neubau der Kindertagesstätte Geroldsecker Vorstadt zu veranschlagen seien.

Der **Vorsitzende** bittet Herrn **Wurth** über das aktuelle Ergebnis der Haushaltsberatungen zu berichten.

Herr **Wurth** berichtet, dass sich die Darlehensaufnahme zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes unter Berücksichtigung aller beschlossenen Änderungen von 2.371.900 Euro (Stand: gedruckter Entwurf unter Berücksichtigung der Änderungslisten vom 12.11.2015 und 23.11.2015) auf 1.604.000 Euro verringert habe. Damit habe der Haushalt ein Ge-

samtvolumen in Höhe von 159.850.420 Euro, wovon 112.759.870 Euro auf den Verwaltungshaushalt und 47.090.550 Euro auf den Vermögenshaushalt entfallen.

Der **Vorsitzende** lässt das Gremium über folgenden Vorschlag der Verwaltung abstimmen:

„Der Haupt- und Personalausschuss stimmt dem Entwurf der vorgelegten Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungen zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.

Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Ermittlung des Haushaltsvolumens entsprechende geringfügige Korrekturen vorzunehmen.

Der vorgelegte Investitions- und Finanzierungsplan für die Jahre 2015 bis 2019 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

b) Vorberatung des Vermögenshaushaltes für das Haushaltsjahr 2016

3. Vorberatung der Wirtschaftspläne 2016

a) Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Lahr

b) Eigenbetrieb Bau- und Gartenbetrieb Lahr

c) Eigenbetrieb Bäder, Versorgung und Verkehr

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass das Gremium damit einverstanden sei, dass über die Wirtschaftspläne 2016 der Eigenbetriebe der Stadt insgesamt abgestimmt werden könne. Es wird über folgenden Beschlusstenor abgestimmt:

„Der Haupt- und Personalausschuss stimmt den Entwürfen der vorgelegten Wirtschaftspläne 2016 für die Eigenbetriebe Abwasserbeseitigung Lahr, Bau- und Gartenbetrieb Lahr sowie Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

III. OFFENLEGUNGSVERFAHREN

2. Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 26.10.2015.

Der **Vorsitzende** weist auf die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 26.10.2015 hin.

Es wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses während der gesamten Dauer der heutigen Sitzung gewährleistet war.

Lahr/Schwarzwald, 30.11.2015

Vorsitzender

Protokollführung

Stadtrat/-rätin

Stadtrat/-rätin